Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
FB 32	S0328/21	02.08.2021
zum/zur		
F0228/21 – Fraktion DIE LINKE, Stadtrat Oliver Müller		
Bezeichnung		
Verwirrung und Empörung um Wahlplakatierung zu Landtags- und Bundestagswahlen		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		17.08.2021

Zur Anfrage – **F0228/21 – Verwirrung und Empörung um Wahlplakatierung zu Landtags- und Bundestagswahlen** – nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Wann hat wer warum konkret entschieden, dass die sonsterdings geltende Regel zur Abnahme von Wahlplakaten nach Wahlen, in diesem Fall der Landtagswahl, außer Kraft gesetzt wird. Und vor allem: Wie wurde das wann durch wen kommuniziert? Wer konnte es ahnen bzw. wissen – außer offenbar der AfD?

Die Federführung für erlaubnispflichtige Sondernutzungen, also auch Wahlplakatierung, hat das Tiefbauamt, welches bei der Bewältigung dieser Aufgabe durch das Ordnungsamt unterstützt wird.

Das Wahlamt erhielt eine Anfrage einer Partei, ob es möglich wäre, die Fristen zu ändern, um das Ab- und Neuaufhängen zu verbinden. Dabei wurden auch ökologische Gründe angeführt. Am 02. März 2021 fragte das Wahlamt bei Amt 66 per Mail nach, ob für dieses Jahr eine Ausnahmerechtsverfügung o.ä. möglich ist.

Das Ordnungsamt teilte daraufhin über ein Informationsblatt vom 15. März 2021 allen Parteien mit, dass hierzu eine Prüfung erfolgt.

Das Tiefbauamt hat keiner Partei/Person erlaubt, Wahlplakate zwischen den beiden Wahlen hängen zu lassen. Das Ordnungsamt musste prüfen, ob für den Zeitraum vom 20. – 25.06.2021 unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sicherheitsbehördliche Maßnahmen möglich sind, da ab 26.06.2021 das Hängen nach gültiger Satzung erlaubt war. Das Ergebnis war, dass dies aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht möglich ist, weshalb am 22.06.2021 eine entsprechende Information an die Parteien erfolgte.

Wie konnte es im Einzelnen dazu kommen, dass aktuell bspw. Personenplakate in Größenordnungen in unserer Stadt hängen von Menschen, die überhaupt nicht für die anstehende Bundestagswahl kandidieren?

Die Stadtverwaltung hat keinen rechtlichen Einfluss auf den Inhalt der Wahlplakate, solange keine Straftatbestände vorliegen.

Wie beurteilen Sie diese offenbar bewusst tolerierte Irreführung der Wähler:innen? Soll das etwa ein vertrauensbildender Beitrag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung sein?

Hier lag keine bewusst tolerierte Irreführung vor.

Kann es sein, dass die Stadtverwaltung zu spät über die Außerkraftsetzung ihrer Regel informiert hat, dass nunmehr vor allem nur eine Partei, nämlich die AfD, die augenscheinlich ihre Wahlplakate nicht fristgemäß abhängen wollte, davon profitiert und somit zwangsläufig der Eindruck – wie von vielen der wütenden Anrufer:innen kommuniziert – entstehen kann, hier wird unrechter Weise Wahlkampfhilfe geleistet bzw. Wahlkampfvorteile ermöglicht?

Mit der Information vom 15. März 2021 musste allen Parteien die besondere Situation aufgrund der zeitlich eng zusammengedrängten Landtags- und Bundestagswahl bewusst sein. Natürlich wäre noch mehr Information im Vorfeld der Landtagswahl möglich gewesen.

Wer trägt dafür die Verantwortung?

Die Verantwortlichkeiten im Gesamtprozess sind oben beschrieben.

Welche Konsequenzen werden gezogen?

Sollte es in der Zukunft erneut zu einer zeitlichen Nähe zweier Wahlen kommen, wird die Frage der Information im Vordergrund stehen.

Sind bereits Klagen eingegangen?

Nein.

Holger Platz